

Flörsheimer Zeitung

Anzeiger f. d. Maingau Maingauzeitung Flörsheimer Anzeiger

Ersteinst: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit Illustr. Beilage) Druck u. Verlag sowie verantwortliche Schriftleitung: Flörsheim a. M., Schulstraße. Telefon Nr. 59. Postfach Nr. 168.



Anzeigen kosten die Spaltenzeile oder deren Raum 10 Pfennig, auswärts 15 Pfennig. Reklamen die Spaltenzeile oder deren Raum 30 Pfennig. Der Bezugspreis beträgt 90 Pfennig ohne Trägerlohn.

Nummer 7.

Dienstag, den 18. Januar 1927

31. Jahrgang

Neues vom Tage.

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei sind nunmehr zu einer ersten Sitzung im neuen Jahr zum Mittwoch vor der Plenarsitzung einberufen worden.

Fünf englische Kreuzer, die zurzeit in der Phälon-Bucht in Griechenland vor Anker liegen, haben Befehl erhalten, sofort nach China abzuschnellen.

Der englische Schatzkanzler Churchill begab sich mit dem englischen Vizekonsul Graham zu Mussolini in den Palazzo Chigi. Die Unterredung der beiden Staatsmänner, welcher in ihrem ersten Teil auch Graham beizuhören, war vertraulicher Natur und dauerte etwa eine Stunde.

Wie die Agentur Indo Pacific aus Sidney berichtet, ist der deutsche Kreuzer „Emden“ vorgestern in Capetown angekommen. Er wird demnächst die Coers-Inseln besuchen, wo der frühere deutsche Kreuzer „Emden“ im Kampf mit dem australischen Kreuzer „Sydney“ untergegangen ist.

Aussicht auf Einigung.

Mit Ende dieses Monats soll bekanntlich die Tätigkeit der interalliierten Militärkontrollkommission für die deutsche Abrüstung ihr Ende nehmen und deren Beizugnis auf den Völkerbund in Genf übergehen. Vorher hat noch eine Verständigung über die letzten Punkte der Entwaffnung zu erfolgen, die bisher noch nicht erledigt sind, das heißt über die Fortifikationen von Königsberg, Lützen, Küstrin und Glogau und über das Verbot der deutschen Ausfuhr von Waffenmaterial. Ueber diese Angelegenheiten verhandeln seit acht Tagen schon der General von Pawelsz und der Geheimrat Forster im Auftrag der Reichsregierung in Paris. Außerdem sind in Deutschland selbst noch gesetlich zu ordnen das Verbot der Verbände, die sich mit militärischen Dingen befassen, und des Eintritts von Personen in die Reichswehr, welche nicht die gesetzlichen Vorbedingungen erfüllt haben. Den Anlaß zu der letzten Bestimmung hat die Erinnerung sein wird, der Umstand gegeben, daß der älteste Sohn des ehemaligen deutschen Kronprinzen zeitweise Dienst in der Reichswehr getan hat.

Die Abrüstung der deutschen Festungen im Osten ist von der Warschauer Regierung in Paris angeordnet worden, wo die militärischen Kreise geglaubt hatten, den Polen ihr Verbot nicht abschlagen zu können. Frankreich ist hierbei selbstverständlich nicht direkt beteiligt und man möchte deshalb eigentlich annehmen, daß es nicht sonderlich schwer sein könnte, über diese Sache eine Einigung herbeizuführen, zumal Frankreich und Polen verbündet sind und Polen also eine dauernde Rückendeckung durch die starke französische Armee besitzt. Das polnische Heer allein ist ja schon viel zahlreicher als die deutsche Reichswehr und mit allen modernen Waffen ganz anders als wir ausgerüstet, da wir unseren Nachbarn in jeder Beziehung nachstehen. Keine Regierung in Europa hat irgend welchen Grund, der polnischen Antipathie gegen Deutschland Rechnung zu tragen, weil man überall die Friedensliebe der Reichsregierung kennt, die durch zahlreiche Beispiele erhärtet ist, während die Polen nichts dergleichen getan haben.

Königsberg besitzt im ganzen 20 schwere Geschütze, die einzigen, über die das Deutsche Reich heute noch verfügt. Die Abrüstung von Küstrin und Glogau ist nach ihrer gegenwärtigen Beschaffenheit überhaupt nicht als leistungsfähig anzusehen. Bevor also die Polen selbst nicht ihre Weisung auf einen entsprechenden Verteidigungsstand eingerichtet haben, besteht für uns kein Grund zur absoluten Entwaffnung und das sollten auch die Fachleute auf den Pariser Konferenzen erkennen. Die Entscheidung über diese Angelegenheit erfolgt, wenn sie nicht in den mündlichen Verhandlungen bis Ende Januar stattgefunden hat, durch den Völkerbund. Weil Deutschland und Polen Mitglieder des Bundes sind, dürfen sie nichts vor einander voraus haben. Das von England beantragte Verbot der Ausfuhr von Waffenmaterial aus dem Deutschen Reich nach dem Ausland ist auch in Frankreich nicht überall im vollen Umfang als stichhaltig anerkannt worden. Bei vorurteilsfreier Prüfung stellt sich denn doch heraus, daß es mehr im Interesse der britischen Industrie als zur Abwehr von internationalen Rüstungen durch Deutschland vorgezogen ist. Immerhin will der deutsche Reichsaussenminister hier erhebliche Konzeptionen machen. Auch wenn es gelingt, Industrien, wie die Chemie, Optik usw. vor Beschränkungen zu schützen, so werden unserer Industrie doch mancherlei Gebiete für den Absatz in wichtigen Branchen verloren gehen. Es läßt sich aber erwarten, daß ein Ausgleich bis Monatschluß erzielt werden wird; andernfalls wird auch hier der Völkerbund einen Schiedsspruch zu fällen haben.

Es besteht in Deutschland bereits ein Gesetz, nach welchem sich Sport- und ähnliche Verbände nicht mit militärischen Dingen beschäftigen sollen. Diese Bestimmung soll dahin erweitert werden, daß die Polizei nicht nur auf das Statut solcher Vereine und Verbände achten, sondern die von ihnen ausgeübte Tätigkeit genau kontrollieren soll. Werden Verstöße ermittelt, so müssen diese Verbände unterlagert werden. Es dürfte dabei nicht ohne viel Reibungen abgehen, denn

was unter militärischem Charakter zu verstehen ist, wird nicht immer leicht zu entscheiden sein. Beim Militär wird doch nicht nur geschossen und geschossen, sondern auch Reiten, Turnen, Schwimmen usw. gehört zur soldatischen Ausbildung. Die Grenzen für diese Übungen müssen also einwandfrei und nicht zum Nachteil unserer Jugend festgelegt werden. Keinesfalls kann unsere Regierung darauf eingehen, daß z. B. Schützengilden belästigt werden. Am leichtesten wird sich der Eintritt in die Reichswehr ordnen lassen, für den die Bestimmungen klar sind. Öffentlich gelangen wir nun zur Einigung, aber ohne daß uns Vorarbeiten gemacht hätten, die nicht angebracht und die überflüssig sind.

Das neue Kabinett Marx.

Entscheidung Ende der Woche.

Reichskanzler Dr. Marx, der sich die Entscheidung über die Annahme des Auftrages des Reichspräsidenten bis Sonntagmittag vorbehalten hatte, hielt am Sonntagmittag eine Besprechung mit den Vorstandsmitgliedern der Zentrumsfraktion ab. Darauf begab sich der Reichskanzler zum Reichspräsidenten, um mitzuteilen, daß er den Auftrag annehmen und im Sinne des am Freitag gefaßten Beschlusses des Zentrums mit den Parteiführern wegen der Möglichkeit der Bildung einer Regierung der Mitte verhandeln werde.

Dabei ist zunächst an ein Kabinett der Mittelparteien gedacht, das auf die Unterstützung der Sozialdemokraten angewiesen wäre. Dr. Marx wird, wie man weiter hört, mit den Fraktionsführern der Deutschen Volkspartei eine Aussprache darüber herbeiführen, ob die Deutsche Volkspartei die Voraussetzungen erfüllen will, die eine solche Unterstützung der Sozialdemokraten ermöglichen. Der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei wird sofort eine Sitzung abhalten, und es steht zu erwarten, daß in dieser Sitzung die Entscheidung darüber fallen wird, ob die Deutsche Volkspartei sich an einem Kabinett der Mitte mit Ablehnung an die Sozialdemokraten oder unter Einbeziehung der Sozialdemokraten zu beteiligen beabsichtigt.

Erst nach dieser Entscheidung wird Reichskanzler Dr. Marx mit den anderen Parteien der Mitte sowie mit den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen in Verhandlungen treten. Die Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei findet erst am Mittwoch statt, dergleichen die Fraktionsführungen fast aller anderen Parteien, so daß, wenn überhaupt Dr. Marx die Kabinettsbildung gelingt, eine Entscheidung frühestens Ende der Woche zu erwarten sein dürfte. Unbeschadet des Ausgangs der Kabinettsbildung wird

der Reichstag

am Mittwochmittag, 3 Uhr, zusammentreten und sich zunächst mit kleineren Vorlagen beschäftigen. Es handelt sich dabei um Vorlagen, die von geringer politischer Bedeutung sind und daher das Vorhandensein einer regierungsfähigen Koalition nicht unbedingt erfordern. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen die ersten Beratungen eines Gesetzesentwurfes über die Regelung des Arbeiterverkehrs an der deutsch-sowjetischen Grenze und über eine Reichswohnungs-zählung.

Forderungen der Landarbeiter des besetzten Gebietes.

Der Deutsche Landarbeiterverband, Gau Rhein und das besetzte Gebiet hielt seine erste Rundgebung in Mainz ab. Der Vorsitzende des Verbandes, Reichstagsabgeordneter Schmidt, und Gemeinderat Link behandelten die sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der Landarbeiterschaft. Es steht fest, daß die Ernteträgnisse höher seien als die amtliche Statistik es angebe, daß ferner der Lohnanteil an den Produktionskosten nicht gestiegen ist und daß die Landfläche heute mit 20.000 Arbeitern weniger bebaut wird, während die Zahl der landwirtschaftlichen Angestellten in Hessen um 70 Prozent gestiegen ist. Zwei Milliarden Mark sind vom Reich den Landwirten gegeben worden. Alle Forderungen der Industriearbeiter sind mit einigen Änderungen auch für die Land- und Weinbergarbeiter gültig. Die Löhne erreichten vielfach heute nicht das Existenzminimum.

Ueber Aufgaben des Weinbaus sprach das Mitglied des Reichswirtschaftsrates Schmauß. Der Weinbau werde sich wieder erholen, nur müsse durch Rationalisierung und Qualitätsbau die Landwirtschaft helfen, Handelsverträge zu schaffen und eine vernünftige Preisgestaltung zu üben.

Tagung des Weinbeirates.

An der nach Wiesbaden vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft und vom Innenministerium einberufenen Tagung des Weinbeirates nahmen Vertreter der Regierung, Vertreter von Preußen, Bayern und Hessen und mehrere Reichstagsabgeordnete teil. Es wurde beschlossen die Reichsregierung zu ersuchen, das Versteigerungsverbot für Wein bis auf weiteres mit Rücksicht auf die Verhältnisse im besetzten Gebiet aufrecht zu erhalten. Ferner wurde über die Vorschläge des Deutschen Weinbauverbandes zur Verringerung des Weingeschmacks verhandelt. Es wurden diejenigen über die Ausdehnung der Ausdehnung bis 31. Januar des

der Ernte folgenden Jahres angenommen, ebenso die über die Bezeichnung der Weine, über das Verbot der Mischung von Weisweinen mit Rotwein, worunter die sogenannten Schillerweine nicht fallen könnten, über das Verbot der Herstellung von Sektweinen und die Vorschläge über den Verkehr mit Hybridweinen. Ein Antrag, die Gemeindegetränksteuer auf keinen Fall über den 1. April 1927 hinaus bestehen zu lassen, wurde einstimmig angenommen.

Die Kreistagswahl im Landkreis Wiesbaden.

Das Ausscheiden dreier Orte aus dem Landkreise Wiesbaden machte auch Neuwahlen für den Kreistag erforderlich, die am gleichen Tage wie die Stadtverordnetenwahlen für Groß-Wiesbaden stattfanden. Von 26.590 Wahlberechtigten wurden 11.929 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf:

Liste 1 (Sozialdemokr. Partei)	4512 Stimmen
Liste 2 (Zentrums-Partei)	1804 Stimmen
Liste 3 (Kommun. Partei)	1616 Stimmen
Liste 4 (Wirtschaftsbund)	3316 Stimmen
Liste 5 (Hausbes., Handw. u. Gew.)	681 Stimmen

Die verfügbaren 23 Sitze verteilen sich wie folgt:

Sozialdemokratische Partei	9 Sitze
Zentrumspartei	4 Sitze
Kommunistische Partei	3 Sitze
Wirtschaftsbund	6 Sitze
Hausbes., Handw. u. Gew.	1 Sitz

Demnach sind folgende Abgeordnete in den Kreistag gewählt:

Kennwort: Sozialdemokratische Partei Deutschlands S. P. D.

1. Andreas Schwarz, Flörsheim, 2. Albert Müller, Dohheim, 3. Georg Schiller, Bierstadt, 4. Josef Krämer, Hochheim, 5. August Stein, Rimbach, 6. Philipp Schneider, Frankenstein, 7. August Stäger, Erbenheim, 8. Ludwig Groß, Medenbach, 9. Jakob Reusch, Dohheim.

Kennwort: Deutsche Zentrumspartei.

1. Jakob Schleidt, Flörsheim, 2. Georg Wagner, Dohheim, 3. Jakob Dillmann, Weilbach, 4. Jean Wenz, Hochheim.

Kennwort: Kommunistische Partei.

1. Theodor Bach, Dohheim, 2. Adam Hart, Flörsheim, 3. Franz Pöcher, Bierstadt.

Kennwort: Wirtschaftsbund

1. Erasmus Merlen, Erbenheim, 2. Wilhelm Birk, Dohheim, 3. Emil Göller, Wallau, 4. Wilhelm Rigel, Bierstadt, 5. Hans Hödel, Flörsheim, 6. Hermann Hummel, Hochheim a. M.

Kennwort: Hausbesitz, Handwerk und Gewerbe

1. Friedrich Wenell, Erbenheim.

Die leitherige Zusammenfassung:

(Zum Vergleich.)

Die Kreistagswahl am 29. November 1925 hatte (einschließlich Biebrich, Schierstein und Sonnenberg) folgendes Ergebnis:

	Stimmen	Sitze
Sozialdemokr. Partei	6058	9
Zentrumspartei	2752	4
Deutsche Volkspartei	1715	3
Kommunistische Partei	1953	3
Deutschnationalistische Partei	793	1
Hess.-nass. Arbeitsgemeinschaft	2199	3
Kennwort: Hess.	1906	3

Flörsheim am Main, den 18. Januar 1927.

s Kreistagswahl. Bei der am Sonntag stattgefundenen Kreistagswahl waren 3517 Personen wahlberechtigt. Gewählt haben 1188 Personen, enthalten haben sich 2323. Die Wahlbeteiligung war also gering, es haben nur ein Drittel der Wahlberechtigten gewählt. Es wurden abgegeben für die Liste:

Zentrum	495
Sozialdem. Partei Deutschlands	343
Kommunistische Partei	191
Wirtschaftsbund	106
Hausbesitzer und Beamten	32
Unabhängig	21

Insgesamt 1188 Stimmen. Wahlbeteiligung 32%.

Wahlergebnis der Kreistagswahl vom 29. November 1925

S. P. D.	260
Zentrum	658
Deutsche Volkspartei	48
Kommunisten	201
Arbeitnehmergruppe	13
Demokraten	23
Hess.-nass. Arbeitsgemeinschaft	13

Hesch	94
Ungültig	45
Leere Umschläge	10
Wahlberechtigt waren	3394 Personen
Nichtwähler	2029 Personen
Es haben also gewählt	1365 Personen
Insgesamt 1365 Stimmen von	3394 Wahlberechtigten

Hochheim am Main, den 18. Januar 1927.

—r. Ergebnis der Kreistagswahl. Bei der Kreistagswahl am verflochtenen Sonntag wurden insgesamt 1160 Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung war gering; denn sie betrug rund nur 40%. Von gültigen Stimmen entfielen auf:

Zentrum	496
Sozialdem. Partei Deutschlands	443
Kommunistische Partei	20
Wirtschaftsbund	160
Hausbesitz, Handwerk und Gewerbe	17
Ungültig	24

Bei der letzten Kreistagswahl, die am 29. November 1925 stattfand, wurden abgegeben:

Zentrum	630
Sozialdem. Partei Deutschland	425
Deutsche Volkspartei	41
Kommunistische Partei	15
Arbeitnehmergruppe	0
Demokraten	42
Hessen-Nass. Arbeitsgemeinschaft	53
Schulverband der Wohnungssuch.	0
Unabhängige	0
Wirtschaftliche Partei	63
Hesch	47
Ungültig	47

Insgesamt 1316 Stimmen. Wahlbeteiligung 47,8%.

Wettbach, 17. Januar. Hier waren zur Kreistagswahl wahlberechtigt 853 Personen, gewählt haben 243, nicht gewählt 610. Es entfielen auf S. P. D. 55, Kommunisten 7, Zentrum 114, Wirtschaftsbund 60, Hausbesitz 5 Stimmen. Ungültig waren 1.

Wider, den 17. Januar. Wahlberechtigt 531 Personen, gewählt haben 159, nicht gewählt 372. Es erhielten: S. P. D. 51, Zentrum 78, Kommunisten 5, Wirtschaftsbund 24, Hausbesitzer — Stimmen. Ungültig waren 1.

„Die Stunde des Beamten.“

Ein Vortrag des Reichsinnenministers Dr. Kütz im Rundfunk.

Die „Deutsche Welle“, die von dem in Königs-Wasserhausen bei Berlin aufgestellten Großsender auf Welle 1300 gesendet wird, hat sich entschlossen, von jetzt ab „eine Stunde des Beamten“ einzurichten. Jede Woche soll zu einer feststehenden Stunde ein Radio-Vortrag aus der Lebenswelt des Beamten veranstaltet werden. Den Anfang mit diesen Vorträgen machte der Reichsinnenminister des Innern Dr. Kütz mit einem Vortrag über Beamtenbildung.

Der Vortragende ging davon aus, daß der Persönlichkeitswert des Beamten in erheblichem Umfange bedingt sei durch Art und Maß seiner Vorbildung, und daß deswegen folgerichtig mit der Entwicklung des Berufsbeamtenums im neuen Staat auch die Frage der Beamtenbildung mehr als früher in den Vordergrund rücke. Nach einem kurzen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung der Beamtenbildung kam der Vortragende auf die Erfordernisse der modernen Berufsbildung der Beamten zu sprechen.

Die alte Amtsanweisung habe für sich selbst zur Ausübung der Staatsautorität ein tieferes Wissen nicht nötig gehabt. Aber die moderne Art der Arbeit des Beamten, die Hilfe, Erteilung von Rat, Einführung und Ausklärung, verbunden mit Wirken von Mensch zu Mensch und mit Herzenswärme sei, können ohne weiteres Eindringen in den Geist der Gesetze und Vorschriften, ohne Erkennen ihrer Motive und Absichten, ohne Annäherung der Gesetzesvorschriften aus dem Großgeheim der Paragraphen in die kleine Münze der allgemeinen Verständlichkeit nicht ankommen.

Die Beamtenschaft habe das selbst eingesehen und es sei ein großes Verdienst ihrer Spitzenverbände, wenn sie sich mit Nachdruck auf die Fortbildung im Beruf geworfen habe.

Edith Bürkners Liebe.

Roman von Fr. Lehne.
61. Fortsetzung.

Auch Edith freute sich auf das eigene Heim; aber manchmal, unter Herberts leidenschaftlichen Liebesworten war es ihr, als ob nicht er es sei, der sie im Arme hielt, sondern Lucian! Und das peinigte, das zwangte sie; dann nahm sie ihren ganzen Stolz zu Hilfe, vergegenwärtigte sich mit selbstqualender Deutlichkeit Lucians Wankelmüt und Marthas Veleidigung, um ihren Groll wach zu erhalten. Sie wollte ja Lucian ganz aus ihrer Erinnerung streichen, da sie fühlte, welches Unrecht sie ihrem Verlobten mit dem Gedanken an Waldow zuzugab, und ihre Zärtlichkeiten gegen Herbert waren inniger denn je.

Auch Martha Hildebrandt hatte kurze Zeit, bevor sie die Stadt verließ, von Ediths Verlobung gehört. Ihr Reid auf die Rufine war unbeschreiblich. Tränen des Jammers hatte sie geweint, als das Brautpaar ihr einmal begegnet war.

Edith in ihrer lebensvollen, auffallenden Schönheit, die durch eine elegante Toilette noch gehoben wurde, am Arme des so vornehm aussehenden, statischen Verlobten, war lachend und plaudernd an ihr vorbeigefahren, sie mit einem lächelnden, fremden Blick fireisend. Wenn Edith in Marthas Innere hätte sehen können, so würde sie eine glänzende Genugung für all das Unrecht gefühlt haben, das die Rufine ihr zugefügt!

Hildebrandts wohnten jetzt in Gernrode. Sie hatten dort eine bescheidene Wohnung inne und trugen sich mit dem Gedanken, im Sommer an Fremde zu vermieten.

Der Blick des modernen Beamten

müß über die engen täglichen Aufgaben des Fachgebiets hinaus in die Sphäre des Geistes und in die Sphäre des Dienstes für Volk und Vaterland emporgehoben werden. Denn auf der anderen Seite leuchtet auch das neue, alle einengenden Schranken niederlegende Prinzip auf, das alles Erleben lohnt: „Freie Bahn dem Tüchtigen“, das heißt: Freie Bahn dem durch Wissen und Kenntnis ertüchtigten Beamten.

Nach einer Darstellung der Ziele und der Eigenart der Verwaltungsalademien schloß der Reichsinnenminister des Innern mit dem Hinweis, daß mit abstraktem Wissen allein nichts getan sei; es gelte, das Wissen und Erkennen sich auszuwirken zu lassen zu praktischer Berufs- und Lebensfähigkeit; denn zu lassen zu praktischer Berufs- und Lebensfähigkeit die praktische Können und abgeschlossene Persönlichkeit der Beamten. Sie sind auch die Voraussetzung für die Staatsbürgerliche Qualität des deutschen Beamten, Es gilt nicht Halb- und Halbbildung zu mehrern, sondern ernste, gründliche Bildung zu fördern, damit sich der Beamte vom ehelichen Objekt in der Hand des Gesetzgebers zu einem selbständig denkenden und verantwortlich handelnden Menschen entfaltet.

Anschlag auf einen Gefängnisbeamten.

Der Täter überwältigt.

Zu einem schweren Verbrechen kam es im Gefängnis in Waidenburg (Schlesien). Der wegen Einbruchsdiebstahls in Untersuchungshaft befindliche Arbeiter Schwarzer drang mit einem Schmeldein auf den Oberwachmeister ein und schlug ihm damit auf den Kopf. Der Oberwachmeister konnte noch rechtzeitig zur Seite springen und erlitt dadurch nur eine geringe Kopfverletzung. Der Täter konnte überwältigt werden, nachdem er Teile seiner Zelleinrichtung zerstört hatte.

Die Reichsbahn 1926.

Eine befriedigende Bilanz.

Die Reichsbahngesellschaft veröffentlichte ihren Bericht über das Jahr 1926. Der Güterverkehr senkte sich dem Bericht zufolge zunächst 1926 — die rückläufige Tendenz des Jahres 1925 fortsetzend — noch weiter. Vom Februar an begann sich der Güterverkehr langsam zu erholen und erreichte anfangs Mai die vorjährige Höhe, bis schließlich infolge des anfangs Mai die vorjährige Höhe, bis schließlich infolge des englischen Bergarbeiterstreiks und durch zunehmenden Versand deutscher und zunehmenden Durchtransport polnischer und tschechoslowakischer Rohle eine starke Aufwärtsbewegung einsetzte.

Nach dem Streikende setzte ein Rückgang ein. Der Güterverkehr nach Belgien und Frankreich mußte im Zusammenhang mit der tariflichen Unterbindung des Ruhr- und Mosel-Wegs durch die belgischen Strecken zweimal völlig umgestellt werden. Der elektrische Zugbetrieb wurde 1926 auf weiteren 110 Kilometer Streckenlänge ausgenommen.

Im internationalen Durchgangsverkehr und im direkten Auslandsverkehr wurde die bisherige Wettbewerbsparitätspolitik fortgesetzt. Der Jahresabschluß, der im vorigen Jahre einen Betriebsergebnis von 819 Millionen Reichsmark erbrachte, liegt für dieses Jahr noch nicht vor. Es kann aber dem Bericht zufolge mit einer hinreichend befriedigenden Bilanz gerechnet werden. Durch weite Umstellungen im Werkstätten-dienst war es möglich, in dem Berichtsjahr das ständige Personal von 692 104 auf 655 963 Köpfe zu senken.

Polnische Tageschau.

Die Pariser Verhandlungen über die Entwaffnung Deutschlands. Pariser Blättermeldungen zufolge rechnet man in autorisierten Kreisen damit, daß das Interalliierte Militärkomitee von Versailles, das zu einer Sitzung zusammengetreten wird, um die schriftlichen deutschen Vorschläge zur Regelung der letzten Entwaffnungsfragen zu prüfen, von den deutschen Sachverständigen beträchtliche Abänderungen fordern werde, was aber nicht die Annahme gestatte, daß die Verhandlungen abgebrochen werden könnten. Am Gegenteil sei zu vermuten.

daß die Besprechungen weitergeführt werden und schließlich Ende ds. Mts. zu einer Verständigung führen werden.

— Aus dem Deutschen Reichstag. Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Übersicht über den Personalstand v. 1. Oktober 1926 überreicht. Danach sind vom 1. April 30. September 1926 eingetretten: 1. bei den Reichsbehörden eine Personalvermehrung von 1173 Beamten, dagegen eine Personalvermehrung von 827 Angestellten und 6159 Arbeitern; 2. bei der Deutschen Reichspost, einschließlich der Reichsdruckerei, eine Personalvermehrung von 2484 Beamten und eine Personalvermehrung von 2924 Angestellten und 1083 Arbeitern. — Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag ferner eine Denkschrift der Beratungsstelle für Auslandskredite für die Zeit ihrer Tätigkeit vom 1. Januar 1925 bis zum 30. September 1926 zugehen lassen. Die Denkschrift enthält einen Überblick über die zur Einschränkung der öffentlichen Auslandsanleihen getroffenen Vorkehrungen und über Tätigkeit der Beratungsstelle.

— Reichstagspräsident Löbe in Polen. In Lodz feierte am Sonntag die Feier des fünfjährigen Bestehens der Polnischen Sozialen Partei Polens statt, an der auch Reichstagspräsident Löbe teilnahm. Löbe hielt bei dem Festakt eine Rede, in der er u. a. ausführte: Eine Annäherung zwischen Polen und Deutschland ist nötig. Ist erst einmal die wirtschaftliche Annäherung durchgeführt, so wird auch eine friedliche Annäherung durchgeführt. Die Staatsgrenzen sind nicht mehr eine große Schwierigkeit. Staatsgrenzen sind nicht mehr als nicht ewig. Was den Polnischen Korridor anbelangt, muß vor allem dafür gesorgt werden, daß sich der Verkehr frei und ungehindert vollziehen kann.

Handelsteil.

Berlin, 17. Januar.

— Devisenmarkt. Am internationalen Markt lag Spannenment fester, Mailand dagegen etwas schwächer.

— Effektenmarkt. Die anfangs uneinheitliche Kursbildung ging später in eine festere Haltung über, so daß verschiedene Werte erheblich anogen. Auch am Rentenmarkt zeigte sich Erholung.

— Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg: Weizen märk. 26.4—26.8, Roggen märk. 24.1—24.6, Braugerste märk. bis 24.5, Wintergerste 19.4—20.7, Hafer märk. 17.9—18.9, La Plata 18.5—18.7, Weizenmehl 35—37.75, Roggenmehl bis 36, Weizenkleie 13.75, Roggenkleie 13.75.

Frankfurt a. M., 17. Januar.

— Devisenmarkt. Am heutigen Devisenmarkt lag das Geschäft ruhig bei kaum veränderten Kursen.

— Effektenmarkt. Zu Beginn der Börse zeigte sich schwächere Tendenz, die sich im Verlaufe der Börsenstunden in merklicher Erholung veränderte, so daß einzelne Spezialwerte unbedeutende Kurssteigerungen erfuhr. Der Anleihemarkt verlief sehr ruhig. Kriegsanleihe fester.

— Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg: Weizen neuer 29.25—29.5, Roggen neuer 25.5, Sommergerste 25.5, Hafer inländ. 20.5—21, Mais gelb 18.5—18.75, Weizenmehl bis 41, Roggenmehl 36.75—37.25, Weizenkleie 12.75—13, Roggenkleie 13—13.25.

— Amtliche Notierungen für Speisekartoffeln. (Großhandpreis je 50 kg.) Inndutrie, hiesiger Gegend, 5.75, weißfleischiger Gegend, 4.40. Tendenz: lebhafter.

— Frankfurter Schlachtviehmarkt. 1. Auftrieb: 264 D. 70 Bullen, 684 Kühe und Färsen, 488 Kälber, 267 Schafe, 3244 Schweine. Preise für 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen: a) 56—59, b) 51—55, c) 47—51, d) 44—46. Kühe: bis 52, b) 37—44, c) 30—36, d) 22—28. Färsen: a) 55, b) 48—54, c) 40—47. Kälber: b) 75—82, c) 65—74, d) 54. Schafe: a) 42—48. Schweine im Gewicht von 200 kg: 73—75, von 240—300 Pfd. 73—76, von 200—240 Pfd. 74—77, 160—200 Pfd. 73—75, von 120—160 Pfd. 70—73, Saunen 68.

— Münchener Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg: Weizen inländ. 29.75, ausländ. 30.75—32.75, Roggen in 25.25—25.75, ausländ. 26.5—26.75, Hafer inländ. 19.5—20.5, gerste 27—30, Futtergerste 21.5—22, Mais mit Sod 18.75, Weizenmehl Spezial 0 40.5, Weizenbrotmehl 25.5—30.75, 98 mehl 36.25—37, Kleie 12.

Die Gernsehe — ein großes, hüpfendes Mädel, erschien, und Edith erkannte in ihr die Rufine, die ihren Knall lachenblau wurde und am ganzen Körper zitterte. Martha konnte sich kaum auf den Füßen halten; unwillkürlich griff sie nach einem Stuhl, auf dem nach den Wünschen der Dame saß.

Ein tiefes Rültschlag in Ediths emporg, als sah, wie Martha litt. Sie dachte an den Augen in dem sie auf Wiederbegegnung gehofft — nun er dal! Aber Edith fühlte nichts von Freude, Triumph, Martha so gedemütigt vor sich zu sehen hatte eine Zeit gegeben, in der sie ihr alles Wohl wünscht hatte — aber jetzt war dieses Gefühl in des Rültschlags untergegangen, wenn sie daran wie Martha, die bisher nur des Lebens Sonnen gekostet hatte, nun Entbehrung... Armut... mußte.

Wie unsagbar schwer mußte es für das verteidigten Mädchen sein, sich den Befehlen anderer Leute zuordnen — sie, die gewöhnt war, daß nur ihr galt.

Was mochte in ihrer Seele vorgehen, als sie, die Rufine, auf die sie mit Hochmut herabgesehen, ihr die kostbaren Ränkel auflegte, die Bräutigam immer noch nicht gut genug waren, sich endlich für einen passablen Ehemann zu entscheiden, der schon immer Marthas heimliches Entzücken gewesen war wie färlisch er auf seine schöne Braut blickte und wie lieblich er zu ihr sprach! Nicht das geringe Martha. Ach, in diesem Augenblick zu sein — es wäre Erlösung von der Qual gewesen, ihre ehrgeizige Seele litt.

Und dabei mußte sie lächelnd zusehen, wenn Herbert oder Edith Wünsche aussprachen, denen sie nachzukommen hatte.

Fortsetzung

Aus aller Welt.

□ **Das Eisenbahnunglück im Münchener Ostbahnhof vor Gericht.** Die Verhandlung gegen den Lokomotivführer Aubele aus Rosenheim, der den am Pfingstmontag 1926 verunglückten Personenzug fuhr, findet voraussichtlich am Mittwoch, den 2. März, im großen Schwurgerichtssaal im Justizpalast in München statt.

□ **340 000 Mark Verluste beim Berliner Anschaffungsamt.** Die Verluste, die das Anschaffungsamt des Magistrats Berlin durch die unvorsichtigen Ein- und Auslieferungen des Direktors Kieborg erlitten hat, sollen laut „Vossischer Zeitung“ rund 340 000 Mark betragen.

□ **Wegen Raubgiffelschmuggels verhaftet.** Der Italiener Giorgio Albazzi ist in Hamburg unter dem Verdacht des Raubgiffelschmuggels verhaftet worden. Er hatte aus Paris 10 Kilogramm Morphin bezogen, die von ihm in kupfernen Säulen verpackt über Antwerpen nach Habana verschifft werden sollten. Albazzi hatte eine weitere Sendung dieser Art nach Antwerpen leiten lassen. Er scheint einer internationalen Schmugglerbande anzugehören.

□ **Niederlandung im Ueberschwemmungsgebiet.** Bei einem Ueberführungsflug von Berlin nach Königsberg (nicht im Passagierdienst) war das Flugzeug D 915 in Schneidemühl zwischengelandet. Als der Flugzeugführer zum Weiterfliegen nach Königsberg startete, mußte er infolge Motorstörung auf dem durch die Neige weit hin überschwemmten Gebiet eine Landung vornehmen, wobei das Flugzeug beschädigt wurde.

□ **Ein Nießenbeirungsprozeß.** Vor dem Großen Erweiterten Schöffengericht in Breslau begann die Verhandlung gegen den Kaufmann Böhm aus Trebnitz und Genossen. Es sind 370 Zeugen geladen. In der Zeit von 1924 bis 1926 sollen sich die Beschuldigten in 366 Anlagensachen gemeinschaftlich schwerer Verbrechen schuldig gemacht haben und zwar umfangreicher Darlehensschwindelen, wobei sie über 100 000 Mark erbeutet haben.

□ **Ein deutscher Dampfer gestrandet.** Der in Bremen beheimatete Dampfer „Bodenheim“ ist an der Nordspitze der Insel Deland gestrandet. Der Dampfer befand sich mit einer Eisenerladung auf der Fahrt von Ozeisund nach einem deutschen Hafen.

□ **Abkürzung vom Sonnenwendstein.** Der 17-jährige Graf Bela Ezechy, der seit einigen Monaten im Semmering weilte, um dort Erholung zu suchen, ist auf dem Sonnenwendstein von einer Felswand abgestürzt. Ein Bruch der Wirbelsäule führte sofort den Tod herbei.

□ **Weingärtner in Basel.** Die Allgemeine Musikgesellschaft in Basel verpflichtete als Dirigenten ab nächsten Winter Felix Weingartner, der gleichzeitig zum Direktor des Konservatoriums und zum Stadttheater zur Übernahme einer Reihe von Opernvorstellungen verpflichtet worden ist. Weingartner läßt sich jetzt in Basel nieder und widmet sich ausschließlich dem neuen Wirkungskreis.

□ **Zwischenfall vor der „Emden“ in Kapstadt.** Die Neuter aus Kapstadt meldet, habe sich auf die Mitteilung, daß der deutsche Kreuzer „Emden“ dem Publikum zur Besichtigung zur Verfügung stehen werde, eine nach Tausenden zählende Menschenmenge am Kai angesammelt. Dabei sei offenbar ein Gedränge entstanden, durch das die vorn stehenden in Gefahr gerieten, ins Wasser gedrängt zu werden. Um dies zu verhindern und die Menge zu zerstreuen, hätten einige deutsche Matrosen einige Male mit einer Spritze einen Wasserstrahl auf die Menge gerichtet. Die Reuter bemerkt, habe der Zwischenfall auf den bisher wohl gelungenen Besuch der „Emden“ einen Schatten geworfen.

□ **Schweres Unglück bei einem Schulfest in Lyon.** In Lyon stürzte während eines Schulfestes der Fußboden des im ersten Stock gelegenen Saales, in dem die Feier stattfand, ein. Elf Kinder wurden verletzt. Vier von ihnen mußten ins Krankenhaus geschafft werden.

□ **Nervenzusammenbruch Charlie Chaplins.** Charlie Chaplin hat im Hause seines Anwaltes einen Nervenzusammenbruch erlitten. Nach Aussage seines Arztes hat das Nervenzusammenbrechen durch die Aufregungen gelitten, die ihm durch die öffentliche Behandlung seiner Eheverhältnisse bereitet wurden.

□ **Schneesturm in New York.** Ein Schneesturm, der zu vor Chicago und andere Staaten des mittleren Ostens und Nordostens der Vereinigten Staaten mit großen Schneemassen bedeckt hatte, hat New York erreicht. Ein eisiger Wind mit bedrohlicher Geschwindigkeit von 40 Meilen behinderte ernstlich die Schifffahrt im Hafen und den Eisenbahn- sowie Straßenverkehr. Drei Todesfälle in New York werden auf den Schneesturm zurückgeführt.

□ **Der Flug Paris—Madagaskar durchgeführt.** Der Marineleutnant Bernard und sein Mechaniker Bougault, die den Flug Paris—Madagaskar und zurück durchgeführt haben, sind in Paris eingetroffen.

□ **Die Pullmann-Gesellschaft und die Reger.** Der Ausschuss für Innenhandel hat eine Entscheidung der Pullmann-Gesellschaft gutgeheißen, nach der keine Fahrkarten an Reger verkauft werden dürfen.

Aus Nah und Fern.

□ **Mainz.** (Aus der Untersuchungshaft entlassen.) Nach Abschluß der Voruntersuchung wurden der wegen Veruntreuung von circa 100 000 Mark inhaftierte Rentant Specht, sowie der wegen Beihilfe angeklagte Fabrikant Kahl, beide aus Bodenheim, aus der Untersuchungshaft entlassen.

□ **Worms.** (Verkehrsunfall in Worms.) Ede Egenstraße und Neumarkt fand ein Zusammenstoß zwischen einem Lastkraftwagen und einem Personenzug statt, wodurch der Personenzug nicht unerheblich beschädigt wurde.

Wieder ein leichtsinniger Schütze.

Den Bruder beim Spiel mit dem Revolver erschossen.

Das so oft gerügte Spielen mit Schußwaffen hat wieder ein blühendes Menschenleben gefordert.

In Frankfurt a. M. hat der 22 Jahre alte Elektroarbeiter Richard Mohr seinen 20-jährigen Bruder Rudolf durch Schießen mit einer Selbstlade Pistole versehentlich erschossen.

Die beiden Brüder begaben sich in das Zimmer eines Untermieters, der gerade verreist war, und wollten aus dem Schreibtisch dringende benötigte Papiere nehmen. Hier fanden sie die Selbstlade Pistole und hantierten damit herum, wobei sich die Waffe entlud. Das Geschloß drang dem Rudolf Mohr in den Bauch. Der Verletzte wurde ins Hospital übergeführt und ist an den Folgen der Verletzung gestorben.

Wann endlich werden die vielen Warnungen und die große Zahl von Menschenleben, die durch unvorsichtiges Umgehen mit Schußwaffen ihr Leben einbüßt oder doch zum Krüppel geschossen wird, abschreckend wirken und zur Beachtung größerer Vorsicht veranlassen?

□ **Darmstadt.** (Ende des Vortragskurzes der Hessischen Landwirtschaftlichen Woche.) Der mehrtägige Vortragskurs der Hessischen Landwirtschaftlichen Woche hat mit einem Vortrag des Rittersgutsäckers Dr. Hagen-Wanfried (Bezirk Kassel) über die Fördernismöglichkeiten der Rindviehzucht unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse sein Ende genommen. Der Redner vertrat in der Frage Warmblut- oder Kaltblutzucht nicht die Ansicht, daß eine Art vorzuziehen ist. Wenn die Kaltblutzucht heute bevorzugt werde, so gehe es deshalb, weil Kaltblüter mehr finanzielle Vorteile bringen. Die Grundlage einer erfolgreichen Zucht bilde die gesunde „Nachzucht“. Wer also Erfolg haben wolle, benutze gute, reinerbige Stuten. Da die Stute Arbeitsstier sei, werde außer in den letzten Wochen der Trächtigkeit keine Rücksicht auf diese zu nehmen sein. Gegen den Komplex der Ertragsminderungen der Hohlen könne durch Impfen vielleicht vorgegangen werden; auf jeden Fall dürfe man sich durch Fehlgeburten nicht abschrecken lassen. Richtige Fütterung und Weidewegung der Hohlen und der Mütter, hauptsächlich Bewegung und frühzeitige Hülfsfütterung, seien zu beachten. Der Bedarf an Kaltblutpferden sei immer noch gestiegen infolge des intensiveren Ackerbaues und Weiterverbreitung der Benutzung von Pferden in der Landwirtschaft. Die Zahl der gebrauchten Pferde sei noch keineswegs im Sinken. Die Propaganda für das Pferd müsse von den vereinten Züchtern getrieben werden.

□ **Frankfurt a. M.** (Billigeres Gas durch die Ferngasversorgung.) Verhandlungen zwischen der A. G. für Kohlenverwertungsinteressen und der Wirtschaftlichen Vereinigung Deutscher Gaswerke A. G. Berlin und Frankfurt a. M. haben die technische Durchführbarkeit der Ferngasversorgung ergeben. Man könne frei Gasbehälter billigeres Gas liefern. Man habe stets beachtet, daß die Gaswerke die wirtschaftlichen Erzeugungskosten nicht stilllegen, sondern auf Grund der Preisverbilligung des Gases resultierenden Mehrbedarf durch die Ferngasversorgung decken. Gegen oft erwähnte Ueberforderungen des Bergbaues könnten sich die einzelnen Gaswerke beim Abschluß ihrer Ferngasverträge durch entsprechende Bestimmungen schützen. Die Gaswerke sollen in nächster Zeit über das Gesamtproblem der Ferngasversorgung eine Denkschrift der beteiligten Organisationen erhalten.

□ **Offenbach a. M.** (Im Gefängnis erhängt.) Ein in Seligenstadt wohnender Arbeiter wurde unter dem Verdacht der Missetat festgenommen und dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt. Dort hat der Verhaftete jetzt durch Erhängen seinen Leben ein Ende gemacht.

□ **Limburg.** (Schweres Autounglück.) Ein furchtbares Autounglück ereignete sich auf der Diezer Straße an der alten Windmühle. Ein Dreifüßer-Opelwagen, besetzt mit dem Chauffeur und einem Herrn mit zwei kleinen Kindern wollte ein Fuhrwerk überholen, geriet aber auf dem aufgeweichten Boden ins Schleudern und schlug mit voller Wucht gegen einen Baum. Das Auto wurde vollständig zertrümmert und seitlich eingebückt. Sämtliche Insassen wurden herausgeschleudert und schwer verletzt.

□ **Schlüßtern.** (Der 3. I. i. s. i. m. F. h. n. e. r. s. t. a. l. l.) Dem Besitzer eines Einzelhofes in der Umgebung wurde in einer der letzten Nächte durch einen Raub (Zahl) der gesamte Hühnerbestand (21 Hühner, 1 Gans) durch Kopfabbeissen getötet.

Locales.

Flörsheim am Main, den 18. Januar 1927.

□ **Der Sonntag brachte allerhand Vergnügungen,** die mit dem sich nähernden Karneval mehr und mehr ihren ersten oder gar Weihnachtsfestmäßigen Charakter verlieren und im Programm bewegter, bunter werden. Der Gesangsverein Sängerbund gab am Sonntagabend eine Wiederholung seines mit so viel Beifall aufgenommenen Theaterstücks „Die Bettelprinzessin“. Wie bei der ersten Aufführung waren Darsteller und Darbietung auch diesmal wieder über alles Lob erhaben. Es sind Kräfte von mehr als laienhaftem oder nur Liebhaberausmaß. Das noch zugefügte Lustspiel „Die Vorstands Wahl“ brachte viel Grund zum Lachen und fand wie das erste Stück stürmischen Beifall bei der zahlreich erschienenen Besucherzahl. Der Sportverein 09 brachte eine Weihnachtsfeier mit Theater und Tanz, worüber wir in einem besonderen Artikel berichten. Erwähnen wir noch die Schützengesellschaft, die eine Winterfeier im Taunusjahren veranstaltete und den Mandolinclub Alpernroslein, der im Saale Weibacher feierte, so haben wir die hauptsächlichsten Karnevalsaufführungen genannt. Aber wie gesagt: Prinz Karneval rumort schon hinter der Scene. Es wird nur noch für kurze Zeit währen, bis er sich auch hier in Flörsheim öffentlich zeigen wird.

— **Winters Ende?** Wie aus dem oberen Maingau berichtet wird, zog am Freitag nachmittag in der verfloßenen Woche ein großer Schwarm Schneegänse (Raniche) in bedeutender Höhe von Süden kommend, dem Norden zu. Offenbar hat die milde Witterung die Tiere, die sonst erst Ende Februar die Nordreise antreten, veranlaßt, jetzt schon die nördliche Heimat aufzusuchen. Nach den Berichten der Wetterstationen sind die Aussichten auf heiteres und trockenes Winterwetter nach wie vor gering. Falls auch die nächste Zeit keine grundlegende Änderung der Wetterlage bringen sollte, wird es vermutlich nicht vor dem Ende des eigentlichen Winters zur Ausbildung einer beständigen Hochdrucklage kommen. Ob diese sich in Gestalt eines zeitigen und warmen Frühlings oder als späte Kälteperiode auswirken wird, läßt sich jetzt noch nicht bestimmen.

□ **Sportverein 09.** Die am verfloßenen Sonntag stattgefundene Weihnachtsfeier mit Theater und Tanz im Saale des Gasthauses „zum Hirsch“ nahm einen schönen Verlauf. Die Musikkapelle Breckheimer brachte sehr gute Stücke zu Gehör, wovon das erste „Weihnachtsfantasie“ besonders hervorgehoben zu werden verdient. Die gegebenen Theaterstücke waren in allen Rollen gut besetzt und wurden auch gut gespielt. Den einen loben hieß den anderen zurückziehen. Reicher Beifall lohnte die Mühe der Spieler. In der Zwischenpause wurden einige attioe Fußballer für 100 bzw. 150 für das Banner „blau-weiß“ ausgeschiedene Wettkämpfe vom Vorfigenden geehrt. Möge dies ein Ansporn sein für die jüngere Generation des Vereins. — Ein gemütliches Tänzchen bildete den Abschluß der würdig verlaufenen Feier. Der Sportverein hat somit erneut bewiesen, daß er auch in gesellschaftlicher Beziehung etwas zu bieten versteht.

□ **Die Wahlversammlung der Zentrumsparlei am letzten Samstag Abend** war ziemlich gut besucht. In einfachen Worten schilderte der Landtagsabgeordnete das Verhalten der Zentrumsfraktion im Landtag den verschiedenen Problemen gegenüber. Mit Entschiedenheit sei der Vorwurf zurückzuweisen, die bürgerlichen Parteien könnten nicht zurückweichen, die bürgerlichen Parteien könnten nicht zurückweichen, die bürgerlichen Parteien könnten nicht zurückweichen. In einer Reihe von Beispielen zeigt er, wie gerade seine Fraktion immer und immer wieder für diese eingetreten ist. Im Einzelnen geht er auf die verschiedenen Interessen von Arbeiter, Handwerkern und Beamten ein. Das Allgemeinwohl müsse aber allem übergeordnet bleiben. Seine Fraktion begnüge sich nicht damit, irgend einen großen Antrag einzubringen, um damit guten Eindruck zu machen. Schritt für Schritt, langsam aber sicher, strebe sie einem gesteckten Ziele zu. Kurz ging er auch auf die Bedeutung des Kreistages ein. Als Diskussionsredner sprachen Herr Landwirt Neumann, der dem Siedlungsproblem besonderes Interesse schenkte, Herr Lorenz Schleidt, der sein Wort erhob gegen die Hauszinssteuer, Herr Lehner, der an Hand von Statistiken den Vorwurf zurückwies, daß die meisten Gelder dieser Steuer den Beamten zufließen. Die nackte Wahrheit wäre in diesem Falle das beste Abwehrmittel gegen die Beamtenhege. Zuletzt sprach Herr A. Hart von der kommunistischen Partei. Mit Beharrern müsse man im Reichstag, Landtag, Kreistag und auch in der Gemeinde feststellen, daß sehr oft die leitenden Persönlichkeiten gegen die Meinung der Gewählten respektierten, hier müßten sich die Verordneten ihrer Pflicht bewußt werden. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde die Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

Des ferneren wird uns über die Zentrums-Versammlung noch geschrieben: Die Zentrumsparlei hatte für Samstag, abends 8 Uhr, im Schützenhof, zu einer Wahlversammlung eingeladen. Den Vorsitz führte Herr Bornbrun, das Referat hatte der Herr Abgeordnete Fint Wiesbaden übernommen. In einem 2stündigen Vortrag behandelte er die Frage: „Was hat das Zentrum auf kulturpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet geleistet?“ Unter spannender Aufmerksamkeit der Anwesenden und in klaren Worten erläuterte er das vielumstrittene Geleis über Schmutz und läuterte er das vielumstrittene Geleis über Erleichterung der Ehescheidung, die Schulfrage u. a. m. und zeigte den Wählern wie das Zentrum berufen ist, die kulturpolitischen Interessen des lath. Volksteiles zu vertreten, aber nicht allein in des Reichs- und Landesparlamenten sondern auch im Kreistag und Gemeinde. Im 2. Teil besprach der Redner die brennendsten Wirtschaftsfragen wie Siedlungsfrage, Bodentreform und Hauszinssteuer. Letztere fand wie überall eine liebevolle Behandlung. Er wies hin auf die Bemühungen des Zentrums, die Hauszinssteuer abzubauen und auf dem Wege der Anleihe die Mittel zur Behebung der Wohnungsnot zu beschaffen und verfehlte nicht, hinzuweisen auf die bedeutenden Steuermildnerungen im verfloßenen Jahre. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. — Der Wirtschaftsband hätte zur Ausfüllung seiner „Läden“ die beste Gelegenheit gehabt, er war aber nicht vertreten. Als erster Diskussionsredner sprach Herr Neumann über Siedlungsfragen, Lage des Bauernstandes — Verhältnisse in der Kreisbauernschaft. Herr A. Hart entwickelte die Ansicht der Kommunisten bei den obengenannten Kulturfragen. — Herr E. Schleidt legte Verwahrung gegen die Behauptung ein, die Zentrumsbauern die Einigkeit stören, sie sind nicht gewillt, bedeutende Beiträge zur eigenen Belämpfung zu leisten. — Herr Fint stellt fest, daß die Beamten mit dem Wirtschaftsband in keinerlei Verbindung stehen. Herr Wirtschaftsband in keinerlei Verbindung stehen. Herr Abgeordneter Fint widerlegte in kurzen Worten die erhobenen Einwände und forderte dann die Anwesenden auf, am Wahltage eifrig zur Wahl zu gehen. — Schluß 11½ Uhr. — machte im Schlußwort zur Einigkeit. — Schluß 11½ Uhr. — Die Versammlung nahm einen glänzenden Verlauf und die Darlegungen des Redners bewegten sich auf einem hohen politischen Niveau. Alle Zuhörer haben dankbar anerkannt, daß die Zentrumsparlei gute Arbeit geleistet hat und weiterhin leisten wird zum Segen des gesamten Volkes, in der Erkenntnis, daß gemeinsame Arbeit zum Ziele führt.

□ **Viel hilft nicht immer viel,** das weiß die erfahrene Hausfrau. Maggi's Würze setzt sie deshalb den Speisen ein. Beim Abkochen nur tropfenweise zu und erzielt dann — zugleich sparsam wirtschaftend — eine geradezu überraschende Geschmacksverfeinerung. Ein „Zuviel“ würde die Würze den Geschmack beeinträchtigen. Gerade in der selbst aus den Speisen nicht vornehmenden. Gerade in der hohen Würzefraft liegt ein Vorzug von Maggi's Würze.

□ **Fußball.** Rüsselsheim — Wiesbaden 1:2. Biebrich — Hochheim 6:0.

Die Entscheidung ist gefallen! Wiesbaden wurde nach einem sehr eifrigen und schönem Spiele Sieger mit 2:1. Die Rüsselsheimer eifrig und hart. Doch soll es nach dem Spiele Rüsselsheim eifrig und hart. Doch soll es nach dem Spiele noch heiß hergegangen sein, was man von unseren Nachbarn gar nicht erwartet hätte. Die Behörde wird da noch viel darüber am dem Fußballsport zu nützen. — Hochheim mußte endgültig absteigen. Es konnte gegen Biebrich nicht nicht bestehen. Es war eigentlich eine sympathische Elf, der allerdings zu Hause oft das Temperament durchging. Mögen es für die Wormser Vorstädter keinen Zug. Zusammenbruch bedeuten zurückzumüssen, denn in der A-Klasse werden sie wie ehedem einen schneidigen Gegner abgeben.

Die Zukunft der Glare

wird aus verschiedenen Gegenden gemeldet und auch Kaiser sind in geringer Entfernung unter der Erdoberfläche gefunden worden. Diese Tatsachen gelten als ein Vorzeichen, daß wir keinen andauernden strengen Winter mehr zu erwarten haben werden. Wir sind allerdings auch in der Zeit, in der es heißt: wenn die Tage saugen an zu langen, kommt der Winter gegangen. Wenn also Frost und Sonnenschein kommen, so wollen wir deshalb dem Winter nicht Gram sein, denn er wird am besten dafür sorgen, daß die lästige Grippe sich bald wieder aus dem Staube macht.

Mit dem 20. Januar soll der Saft in die Bäume steigen und dann mögen wir die Bäume, Sträucher und Pflanzen auf ihr Leben beobachten, das sich zuerst kaum bemerkbar macht, sich dann aber bald deutlicher zeigt.

An allerlei Vorkäufen für 1927 fehlt es nach dem bisherigen gelinden Winter nicht. So werden Katastrophen und Erdbeben in den anderen Erdteilen prophezeit. Es ist dies jedoch nichts Ungewöhnliches nach solchen Wintern.

*

Wettervorhersage für Mittwoch, den 19. Januar: Anhalten der unangünstigen nassen Witterung.

Die Fristverlängerung für die Einkommen- und Körperschaftsteuererklärungen genehmigt. Wie der Finanz-Bund aus dem Reichsfinanzministerium erfährt, werden die an sich am 31. Januar ablaufenden Fristen für die Abgabe der Einkommen- und Körperschaftsteuererklärungen allgemein verlängert werden. Die Frist für die Abgabe der Einkommen- und Körperschaftsteuererklärungen wird in die Zeit vom 15. Januar bis 15. März verlegt. Die Landesfinanzämter haben für ihren Bezirk die Fristen noch genauer zu bestimmen. Unberührt hiervon bleibt die Vorschrift des § 77 der Ausführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz, wonach auf Antrag der Steuerpflichtigen mit umfangreicher Buchführung gestattet werden kann, die Steuererklärung stets erst bis zum Ablauf des dritten Monats nach Ende des Steuerabchnitts einzureichen. Es empfiehlt sich, derartige Anträge rechtzeitig zu stellen. Da der Steuerfiskus erst im März erscheinen wird, wird die Vermögenssteuererklärung für 1926 voranschreitend erst im April abzugeben sein. Sowohl zur Einkommen- als auch zur Vermögenssteuererklärung werden noch ausführliche Erlasse des Reichsfinanzministeriums erscheinen.

Um die Gasfernverförmung.

Wegen die verschiedenen Bedenken.

In den Bedenken, die in letzter Zeit gegen die Gasfernverförmung geäußert worden sind, wird aus Nachforschungen geschrieben: Zunächst ist gesagt worden, daß sich für den Bergbau beim Wegfall der Gasfernverförmung die Möglichkeit der Heraushebung der Beise für Jochentals ergebe. Hierzu ist zu bemerken, daß die Festsetzung der Brennstoffpreise nicht Sache des Bergbaues allein ist, sondern, daß die letzte Entscheidung beim Reichsstaatsrat bzw. beim Reichsstaatsrat liegt; es dürfte also eine ziemlich weitgehende Gewähr gegen eine etwaige Ausnutzung von Monopolen gegeben sein, ganz abgesehen davon, daß das Kohlenhindernis, dessen Hauptfrage schon seit langer Zeit der Kohlenabsatz gewesen ist, sicher nicht durch höhere Preise den Abfall gefährdet wird.

Ein weiteres Bedenken besteht in Befürchtungen um das Schicksal der Gaswerke bzw. der in den Gaswerken beschäftigten Arbeitnehmer. Was die Gaswerke angeht, so wird man allerdings damit rechnen müssen, daß die unwirtschaftlichen Gaswerksbetriebe, die besonders in kleinen Kommunen anzutreffen sind, genau so gut verschwinden werden, wie die unrationellen Betriebe aus der übrigen Wirtschaft ausgemerzt worden sind. Diese Entwicklung läßt sich auch für die Gasindustrie mit oder ohne Gasfernverförmung nicht aufhalten.

Etwas anderes ist es dagegen mit den modernen und lebensfähigen Betrieben. Es besteht nicht die geringste Veranlassung, auch diese Betriebe stillzulegen. Man wird sie vielmehr ruhig weiterarbeiten lassen und das von ihnen erzeugte Gas den Fernleitungen zuführen. Das wird man schon aus dem Grunde tun müssen, weil für den Fall, daß der Gasverkehr den erwarteten Aufschwung nimmt, die Rückfälle

allein den Bedarf nur schwer wird decken können, eine Erzeugung, die auch schon zu dem Plan des Anschlusses der Erzeugung anderer Reviere an das Ruhrgebiet geführt hat. Schon wegen dieses Sachverhaltes ist nicht damit zu rechnen, daß bei der Durchführung der Ferngasversorgung Arbeitskräfte in größerem Umfang freierwerden. Es wird vielmehr höchstens eine Umstellung der bisherigen Tätigkeit in Frage kommen, dergefallt, daß die jetzt in der Gaserzeugung beschäftigten Arbeitskräfte auf die Gasverteilung überführt werden; schon jetzt bildet die Veräntung in der Gasverteilung bei den Angestellten der Gaswerke die Hauptbeschäftigung, ebenso wie auch von der eigentlichen Arbeiterschaft bereits ein großer Teil der Kräfte für Verteilungszwecke verwandt wird. Für Kontrolle, Propaganda usw. findet sich auch in Zukunft ein reiches Betätigungsfeld, zumal dann, wenn die erwartete Verbrauchssteigerung eintritt; dabei sei ganz davon abgesehen, daß durch die Ferngasversorgung im Maschinenbau, in der Röhrenherstellung, im Tiefbaugewerbe usw. viele Arbeitskräfte zusätzliche Beschäftigung erlangen werden.

Daß die wissenschaftliche Forschungsarbeit durch die Zentralisierung der Gaserzeugung eine Beeinträchtigung erfährt, wie vielfach befürchtet wird, dürfte so gut wie ausgeschlossen sein, im Gegenteil wird vermutlich die Konzentrierung auf verhältnismäßig wenig kapitalstarke Unternehmen die kostspieligen Forschungs- und Versuchsarbeiten erst ermöglichen. Schließlich sei noch das Moment der Sicherheit der Versorgung erwähnt. Daß Störungen in der Ferngasversorgung auftreten könnten, ist praktisch so gut wie ausgeschlossen. Sogar Streiks von längerer Dauer werden Schwierigkeiten wohl kaum bereiten; in Deutschland ist noch nie in sämtlichen Bergbaureviere gleichzeitig gestreikt worden, und es ist auch bei längeren Streiks einzelner Reviere die Gasversorgung bisher noch nie zum Erliegen gekommen. Zur Sicherstellung der Gasversorgung genügen auch für längere Zeit die Haldebestände. Die Verköhlung und damit die Gasherzeugung kann mit relativ wenig Arbeitskräften durchgeführt werden, in den Leitungen sind ebenso wie in den Gasometern und in den Zwischenstationen sehr große Reserven vorhanden.

Belanntmachungen der Gemeinde Flörsheim.

Verf. Ablieferung der Lohnsteuerbelege und Lohnsteuermarkenblätter für 1926.

1. Soweit die Lohnsteuer für das Jahr 1926 durch Verzahlung abzuführen war, haben die Arbeitgeber die vorgeschriebenen Überweisungsblätter, Nachweisungen und Zusammenstellungen bis spätestens zum 31. 1. 1927 beim Finanzamt der Betriebsstätte abzuliefern. Die Formulare können vom Finanzamt bezogen werden.

2. Soweit die Lohnsteuer durch Markenzeichen abzuführen war, haben die Arbeitnehmer die Steuerkarten und Einlagebogen bei dem Finanzamt abzuliefern, in dessen Bezirk sie am 31. Dezember 1926 gewohnt haben. Die Arbeitgeber haben durch Anschlag in den Arbeits- und Geschäftsräumen öffentlich auf die Ablieferungspflicht hinzuweisen. Die Ablieferung kann gesammelt durch die Arbeitgeber erfolgen. Die Nummer der Steuerkarte für 1927, die Behörde, welche die Steuerkarte für 1927, ausgestellt hat, sowie die Wohnung des Arbeitnehmers am 31. Dezember 1926 sind auf dem oberen Rande der Steuerkarte 1926 anzugeben. Die Einlagebogen müssen insbesondere bezüglich der Personalien, des Lohnes und der Verdienstzeit vollständig ausgefüllt und die vorgesehenen Spalten aufgerechnet werden. Soweit Lohnsteuer nicht abgeführt ist, muß dies auf der Steuerkarte unter Angabe des Grundes vermerkt werden.

Für die Gemeinde Flörsheim a. M. erfolgt die Ablieferung am 26. Januar zwischen 2.30 und 6 Uhr nachmittags, auf Zimmer Nr. 4, des Rathauses in Flörsheim.

Wiesbaden, den 10. Januar 1927.

Finanzamt.

Wird veröffentlicht. Flörsheim, den 17. Januar 1927.
Der Bürgermeister: Laud.

Essentielle Aufforderung zur Abgabe.

a) einer Steuererklärung für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbelapital für die Rechnungsjahre 1925 und 1926
b) einer Steuererklärung für die Gewerbesteuer nach der Lohnsumme für das Rechnungsjahr 1925.

1. Eine Gewerbelapital-Steuererklärung ist abzugeben für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, die im Veranlagungszeitraum in Gemeinden, die nicht die Bemessung der Gewerbesteuer nach der Lohnsumme beschlossen haben, oder in Gutsbezirken, Betriebsstätten unterhalten haben, falls das Gewerbelapital am 1. Januar 1925 oder an dem in das Kalenderjahr 1924 fallenden letzten Abschlußtag bei Neugründungen nach dem 1. Januar 1925, am Tage der Gründung den Betrag von 4800 RM. überstiegen hat;

2. für die vom Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses eine Steuererklärung besonders verlangt wird.

b) Eine Lohnsummen-Steuererklärung ist abzugeben für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, die im Veranlagungszeitraum in Gemeinden, die die Bemessung der Gewerbesteuer nach der Lohnsumme beschlossen haben, Betriebsstätten unterhalten und in ihrem Betriebe Arbeitnehmer dauernd oder vorübergehend beschäftigt haben;

2. für die vom Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses eine Steuererklärung besonders verlangt wird. Die Steuererklärungen sind vom Inhaber des Betriebs abzugeben.

II.

Die hiernach zur Abgabe einer oder beider Steuererklärungen Verpflichteten werden aufgefordert, unter Benutzung des für sie vorgeschriebenen Bordsrucks.

a) die Gewerbelapital-Steuererklärung nach Muster Gew. 37 sowie für Unternehmen mit Betriebsstätten in verschiedenen preussischen Gemeinden einschl. Muster Gew. 38, b) die Lohnsummen-Steuererklärung nach Muster Gew. 59 in der Zeit vom 10. bis 31. Januar 1927 bei dem Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses, in dessen Bezirk sich die Leitung des Unternehmens befindet, einzureichen. Liegt der Ort der Leitung außerhalb Preussens, so ist der Wohnsitz des bestellten Vertreters, hilfsweise die preussische Betriebsstätte, maßgebend, in der die höchste Lohnsumme gezahlt ist.

Bordsrucks für die Steuererklärung können, soweit solche nicht zugestellt worden sind, von den betreffenden Gemeindeverwaltungen bezogen werden. Die Steuererklärung ist schriftlich, zweifach eingetrieben einzureichen.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Bordsrucks zur Steuererklärung nicht abhängig.

III.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. des festgesetzten Steuergrundbetrages auferlegt werden.

IV.

Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbelapital bzw. der Lohnsumme wird bestraft. Auch ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuererhebung (Steuergefährdung) wird bestraft. Wiesbaden, den 7. Januar 1927.

Der Vorsitzende des Gewerbesteuerausschusses für den Veranlagungsbezirk des Landkreises Wiesbaden: gez. Schlitt.

Wird veröffentlicht mit Zusatz, daß z. B. durch das Bürgermeisterrat die Bordsrucks zugestellt werden. Flörsheim a. M., den 17. Januar 1927.

Der Bürgermeister: Laud.

Kirchliche Nachrichten für Flörsheim

Katholischer Gottesdienst.

Mittwoch 7 Uhr 3. Seelenamt für Marg. Hartmann, 7.30 Uhr Seelenamt für Maria Magdalena Neumann.
Donnerstag 6.30 Uhr hl. Messe für Christoph Schütz (Schweibermutter), 7.30 Uhr Amt für Eheleute Phil. Thomas und Lorenz Thomas.

Allgemeine Ortskrankenkasse Hochheim a. M.

Donnerstag, den 20. Januar 1927 werden von 9-12 Uhr vormittags und von 1-5 Uhr nachmittags die Beiträge für die Allgemeine Ortskrankenkasse Hochheim a. M. im Frankfurter-Hof Untermainstraße 25 erhoben.

Sämtliche Rückstände aus dem Jahr 1926 sind zur Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung, am Hebeltag einzuzahlen.

Zahl- und Meldestelle Flörsheim a. M.

Beckheimer

Kathol. Gesellen-Berein Buchenscheit und Rollen

Am Donnerstag Abend 8.30 Uhr ist der erste Winterortrag. Redner Hochw. Herr Pfarrer Klein. Am Sonntag, den 23. Januar 1927 findet mittags um 1 Uhr unsere Generalversammlung statt. (Nächst. Aushängelasten Gesellenhaus.) Der Vorstand

Fertel

(10 Wochen alt) zu verkaufen. Obermainstraße 9.

Kartoffelknollen und Perlmais

sind eingetroffen bei Josef Altmair, Pfarrer-Münchstraße 1.

Liegewagen

Ein wenig gebrauchter Kinder-Sitz- und Liegewagen preiswert zu verkaufen. Näheres im Verlag.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit, sowie bei dem Hinscheiden meiner lieben Gattin, unserer unvergesslichen Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Rosina Flörsheimer

geb. Müller

sprechen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank aus. Besonderen Dank den Herren Geistlichen, den barmh. Schwestern für die liebevolle Pflege, der werten Nachbarschaft, den Kameradinnen und Kameraden des Jahrganges 1859, sowie für die vielen Kranz- und Blumenspenden. Ferner sagen wir Dank allen denen, die der lieben Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen haben.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Franz Flörsheimer nebst Kinder.

Flörsheim, Eddersheim, Hochheim, Laubenheim a. Rh. Hattersheim, Berlin, den 17. Januar 1927.

Schöne 4 bis 6 Zimmerwohnung

beschlagnahmefrei (auch Einfamilienhaus) am Plage oder Umgebung zu mieten gesucht. Auch Hauskauf mit freier Wohnung kommt in Frage. Offerten unter Z. H. C. 386 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.

TAPETEN

Inventur-Ausverkauf
Nur kurze Zeit!

Preis per Rolle:
Serie I 25 - Serie II 35 - Serie III 50 -
Serie IV 60 - Serie V 70 - Serie VI 80 -
usw. ohne Rücksicht auf den regulären Preis.

Kaufen Sie auf Vorrat!
Selbst der weitaus Weg lohnt sich.
KOPF Schillerstrasse 28,
Frankfurt, am Main
Alterheiligenstrasse 52 1. Stock
Kein Laden.

Mittwoch eintreffend

Kabliau ohne Kopf

1a. Fettbückinge

in bekannt guter Qualität
zu billigsten Tagespreisen.

J. Latscha